

Zum Greenwashing in der Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen

Im Übereinkommen von Paris haben sich zahlreiche Länder auf das ambitionierte Ziel geeinigt, den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 °C im Vergleich zur Temperatur vor der Industrialisierung zu beschränken mit dem Bemühen, diesen Anstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Aus diesem Grund hat es sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, ihre Treibhausgasemissionen schrittweise zu senken: bis 2020 um 20 %, bis 2030 um mindestens 40 % und bis 2050 um 80–95 %. Der Verbrauch erneuerbarer Energien muss von 20 % im Jahr 2020 auf 27 % im Jahr 2030 angehoben werden. Wir kritisieren die wenig ambitionierten Ziele der EU-Regierungen in Bezug auf die Energiewende und die Senkung des Stromverbrauchs. Unser Ziel ist eine Europäische Union der erneuerbaren Energien, in der keine Energieproduktion mit fossilen oder Nuklearbrennstoffen mehr stattfindet. Ein weiterer Faktor, der zum globalen Kohlendioxidhaushalt (also der Senkung des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre) beiträgt, ist die Kohlenstoffbindung in Bäumen und Wäldern. Die Waldflächen der Europäischen Union sind seit 1990 um insgesamt 17 Millionen Hektar gewachsen und bedeckten 2015 eine Fläche von 180 Millionen Hektar – all dies dank der Wiederaufforstung und der natürlichen Ausbreitung der Wälder in verlassenen Landstrichen. Diese Wälder dürfen aber nicht als Schlupfloch zur Senkung des Kohlendioxidausstoßes in denjenigen Sektoren genutzt werden, die nicht im aktuellen Entwurf der Regelung zum Klimaschutz bezüglich Landnutzung, Änderung der Landnutzung und Forstwesen vorgesehen sind.

Allerdings werden derzeit nicht in allen Mitgliedsländern Gesetze zur Senkung der Kohlendioxidproduktion eingeführt. Stattdessen wird die Energieproduktion mit fossilen Brennstoffen gefördert und versucht, Mittel für die nachhaltige Energieerzeugung für diesen Zweck zu missbrauchen. Estland ist ein besonders extremes Beispiel für ein solches Vorgehen.

Seit den 1960ern ist der lokal abgebaute Kuckersit-Ölschiefer der wichtigste Brennstoff für die Stromerzeugung in Estland und dient als Rohmaterial für die Produktion von Flüssigbrennstoff. Die estnische Regierung bezeichnet den Ölschiefer häufig als „Nationalschatz“ und sieht ihn als Garant für eine Energie-Unabhängigkeit.

Anstatt sich von fossilen Brennstoffen abzuwenden, investiert die Regierung Estlands weiterhin in die Energieproduktion aus Ölschiefer. Folgende Entwicklung ist für die vergangenen Jahre zu konstatieren:

- Die in diesem Jahrhundert manuell geförderte Menge Ölschiefer hat sich kontinuierlich von 12 Millionen Tonnen (2000) auf 20 Millionen Tonnen (2015) jährlich gesteigert.
- 2016 wurde die pro Tonne ausgestoßenen Kohlendioxids fällige Umweltabgabe gesenkt und vom Ölpreis auf dem Weltmarkt abhängig gemacht, der jedoch mit den Umwelteinflüssen der mit Ölschiefer befeuerten Kraftwerke nichts zu tun hat.
- Der nationale Energieerzeuger Eesti Energia im Jahr 2015 ein ölschieferbefeuertes 300-MW-Kraftwerk eröffnet, finanziert durch eine Staatsbürgschaft.
- Nur eine der Nebenwirkungen der gesenkten Umweltabgabe ist, dass das estnische Umweltinvestitionszentrum 63 % weniger Einnahmen zur Verfügung hat. Dies verhindert eine Finanzierung von Umweltprojekten, unter anderem auch derjenigen, die von der Europäischen Union mit getragen werden.

5. EGP-Tagung, Liverpool 30. März bis 2. April 2017 Parteitagsresolution

Der Energiewert des *Kuckersit*-Ölschiefers ist dreimal geringer als der von Kohle. Es müssen also wesentlich größere Mengen gefördert werden, um die gleiche Menge Energie zu gewinnen, was aufgrund des exzessiven Tagebaus auch zur Zerstörung von Ökosystemen und zur Grundwasserbelastung führt. Der *Kuckersit*-Ölschiefer enthält bestimmte kohlenstoffhaltige Materialien, die zu einer nahezu 20 % höheren Kohlendioxidemission pro erzeugter Energieeinheit führen, als es bei Kohle der Fall ist. Bei einer Produktion von 1 MWh Elektrizität in einem Ölschieferkraftwerk werden im Durchschnitt 1,18 Tonnen CO₂ erzeugt. Über 70 % des in Estland ausgestoßenen CO₂ stammt aus der Energieproduktion mit Ölschiefer. Über 80 % des in Estland produzierten Abfalls entsteht in der Ölschieferbranche. Fast 80 % des Wasserverbrauchs in Estland entsteht während der Energieproduktion mit Ölschiefer. Da Estland sich so extrem auf seinen Ölschiefer verlässt, ist es eines der größten Kohlendioxidherzeuger aller OECD-Länder.

Am 14. Januar 2015 stellte die estnische Regierung einen Antrag auf Änderung des Strommarktgesetzes, damit Eesti Energia Zuschüsse für die Verbrennung von Biomasse in Ölschieferkraftwerken beziehen kann. Voraussetzung für solche staatlichen Zuschüsse ist, dass der estnische Staat überschüssige Energie aus erneuerbaren Quellen mittels statistischer Transfers an Mitgliedsstaaten verkaufen kann, die hinter ihren Zielen der Verwendung erneuerbarer Energien zurückliegen (geregelt in Artikel 6 der Richtlinie 2009/28/EG). Die für diesen Transfer erwarteten Länder sind Luxemburg, Österreich und die Niederlande (in dieser Reihenfolge). Estland hat bereits in der Vergangenheit AAUs an Luxemburg und Österreich verkauft. Der Entwurf des Strommarktgesetzes, der nach erster Lesung vom estnischen Parlament angenommen wurde, erlaubt neben dem Ölschiefer eine jährliche Verbrennung von 3,4 Millionen Kubikmetern Holz in den Brennöfen der Kraftwerke, um 2,5 TWh elektrische Energie zu erzeugen.

Diese Initiative ist jedoch alles andere als nachhaltig:

- Kommen zu den bereits 10,4 Millionen m³ (2014) jährlich in Estland gewonnen Holzmengen weitere 3,4 Millionen m³ hinzu, überschreitet dies das jährliche Waldwachstum, das von der estnischen Umweltbehörde auf 12 Millionen m³ jährlich geschätzt wird.
- Auch Deutschland wird seiner Vorbildrolle nicht länger gerecht: Unter Kanzlerin Merkel hat Deutschland die Energiewende und Umweltpolitik aus dem Blick verloren. Anstatt die Energiewende voranzutreiben, wurde der Ausbau erneuerbarer Energien ausgebremst, die Entwicklung eines modernen Stromnetzes wird derzeit mit allen Mitteln verhindert. Diese Entwicklung zeigt, warum die Grünen für die europäische Umweltpolitik so wichtig sind. Kohle und Kernkraft sind weder nachhaltig noch zukunftsorientiert. Wir setzen uns für die Nutzung der Energiequellen der Zukunft ein. Es ist möglich, unseren Stromverbrauch durch Sonne, Wind, Wasser, nachhaltige Bioenergie und Geothermie zu decken. Wir setzen uns für den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien, für Energieeinsparung und Energieeffizienz und für die Abschaffung der Atomkraft ein.
- Laut Einschätzungen der estnischen Forstverwaltung können in den Wäldern im Nordosten des Landes (teils knapp 100 km von den Narva-Ölschieferkraftwerken entfernt) nicht mehr als 0,5 Millionen m³ Holz zusätzlich für die Verbrennung abgebaut werden, ohne eine starke Überforstung oder einen Rohstoffmangel für Industrie, lokale Blockheizkraftwerke, Kesselanlagen und Haushalten zu provozieren.

5. EGP-Tagung, Liverpool 30. März bis 2. April 2017 Parteitagsresolution

- Da eine gleichzeitige Erzeugung von Elektrizität und Wärme in den Ölschieferkraftwerken nicht möglich ist (keine lokale Nachfrage nach Prozessabwärme), beträgt ihr Wirkungsgrad gerade einmal 35 %. Die Abwärme wird in den Fluss Narva abgeführt.

Das Beispiel Estland ist aber nicht einmalig in der EU. Holz wird auch in Polen als Zusatz für zahlreiche Kohlekraftwerke genutzt.

Die staatliche Unterstützung in Form einer Bezuschussung der Energiegewinnung aus der gleichzeitigen Verbrennung von Hackschnitzeln und Ölschiefer in den Narva-Kraftwerken, mit einer Effizienz von weniger als 45 % für den statistischen Transfer erneuerbarer Energien, wie sie in der Änderung des estnischen Elektrizitätsmarktgesetzes vorgesehen ist, kann nicht als mit dem Binnenmarkt nach Artikel 107(3)(c) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vereinbar angesehen werden. Die staatliche geförderte gleichzeitige Verbrennung von Holz und Ölschiefer in den ineffizienten Narva-Kraftwerken, die die Effizianzforderungen für die gleichzeitige Verbrennung laut Artikel 2(34) der Richtlinie 2012/27/EU nicht erfüllen und aufgrund des beschränkten nationalen Markts negative Auswirkungen auf andere biomassebetriebene Kraftwerke mit deutlich höheren Wirkungsgraden hat, darf von der Kommission deswegen nicht genehmigt werden.

Präsident Juncker hat versprochen, Europa zur Nummer 1 für erneuerbare Energien zu machen. Doch das Paket für saubere Energie spiegelt dieses Ziel nicht wider, sondern erlaubt weiterhin eine Förderung von Kohle- und Kernkraftwerken. Damit steht Europa ein für die Energiewende verlorenes Jahrzehnt bevor. Die einzig gute Nachricht ist, dass die Mobilisierung progressiver Kräfte zur Einführung von Emissionsnormen geführt hat, die zumindest eine neuerliche Ausweitung der Kohlenutzung in Europa verhindern sollte. Die Kommission schenkt den durch Bioenergie entstehenden Umweltrisiken weiterhin keine Aufmerksamkeit und versäumt es, wirkungsvolle Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die neuen Nachhaltigkeitsmaßnahmen für Biomasse sind nicht in der Lage, den Klimarisiken zu begegnen, die darin bestehen, Ressourcen zu verwenden, die weder Abfälle noch Rückstände sind, oder Ressourceneffizienz. Die Europäische Union steht in der Verantwortung, ihre Politik mit dem im vergangenen Jahr in Paris eingegangenen Versprechen in Übereinklang zu bringen. Stattdessen hat sie sich auf einen großen Kompromiss eingelassen, der zwar diejenigen Mitgliedsstaaten und Energieerzeuger in gewisser Hinsicht beschwichtigt, die weiterhin fossile Brennstoffe nutzen möchten, jedoch kaum etwas unternimmt, um ihrer internationalen Verantwortlichkeit nachzukommen oder die Gelegenheiten zu ergreifen, die eine Energiewende eröffnen würde. Die Europäische Union steht in der Verantwortung, ihre Richtlinien an ihre im vergangenen Jahr in Paris geleisteten Versprechen anzugleichen.

Insgesamt schließen wir uns bezüglich des Fracking der Korbacher Resolution¹ an, die von den Landesregierungen und der Europäischen Union Folgendes fordert:

- Sofortiges und ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Erkundung und Gewinnung fossiler Energieträger und ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Novellierung des Bergrechts. Im Fokus der Novellierung haben höchste Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit zu stehen.

¹ <https://www.resolution-korbach.org/>

5. EGP-Tagung, Liverpool
30. März bis 2. April 2017
Parteitagsresolution



- Konsequente Umsetzung der politischen Entscheidung, wegzukommen von fossilen Brennstoffen, erneuerbare Energien zu fördern und Energieeffizienz zu steigern.

Wir rufen alle beteiligten Kräfte dazu auf, gegen Projekte zu mobilisieren, die formell vorgeben, die Vorgaben für grüne Energie zu erfüllen, in Wirklichkeit jedoch europäische Richtlinien zur nachhaltigen Energieerzeugung sowie das Übereinkommen von Paris unterwandern.

- Wir fordern die estnische Regierung dazu auf, den Entwurf des neuen Strommarktgesetzes sofort zurückzunehmen und eine Wende weg von Ölschiefer hin zu vollständig erneuerbaren Energien einzuleiten.
- Wir fordern die Europäische Kommission und den Europäischen Rat dazu auf, sämtliche ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mittel auszuschöpfen, um das von Regierungen unterstützte Greenwashing in der Energieerzeugung beispielsweise in Estland zu unterbinden.
- Wir fordern die Grünen in den EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, solcher Versuche besonders gewahr zu sein und sie über parlamentarische und öffentliche Wege zu verhindern.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es keinen Sinn hat, weitere Infrastrukturen für fossile Brennstoffe zu schaffen, da sich die EU im Übereinkommen von Paris dazu verpflichtet hat, ihre Energie bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Wir sind daher auch gegen kontraproduktive Projekte wie Nord Stream II, weil sie die Steigerung der Energieeffizienz verhindern und Europas Abhängigkeit von russischem Erdgas vergrößern.